

**Stellungnahme der Landesregierung zu den Beschlüssen des Oberrheinrats
vom 15. Juni 2015 in Straßburg**

- 1. Förderung der Zweisprachigkeit am Oberrhein**
- 2. Aktueller Stand und Zukunft der grenzüberschreitenden Kooperation
INFOBEST am Oberrhein**
- 3. Umweltbildung am Oberrhein**
- 4. Demografischer Wandel und Fachkräftemangel im Oberrheingebiet**

1. Förderung der Zweisprachigkeit am Oberrhein

Die Landesregierung begrüßt die Beschlüsse des Oberrheinrates zur Förderung der Zweisprachigkeit am Oberrhein. Sie zeigt sich aber auch besorgt über die möglicherweise nachteiligen Auswirkungen der französischen Schulreform für das Erlernen der deutschen Sprache in Frankreich. Dies wäre bedauerlich, da sich beispielsweise das AbiBac oder auch der Einsatz des Deutschen Sprachdiploms der Kultusministerkonferenz im französischen Schulsystem in den vergangenen Jahren sehr erfolgreich entwickelt haben. Frau Ministerpräsidentin Dreyer hat sich diesbezüglich bereits an die zuständige französische Ministerin gewandt.

Das rheinland-pfälzische Bildungsministerium unterstützt seit Jahren Schulpartnerschaften und Schülerbegegnungen am Oberrhein. Durch diese internationale Zusammenarbeit können Schülerinnen und Schüler vielfältige Erfahrungen sammeln, die ihnen helfen können, sich in einer Welt der Internationalisierung und Globalisierung besser zurecht zu finden und deren Chancen zu nutzen. Aktive Schulpartnerschaften und Schülerbegegnungen leisten einen Beitrag zur Verbesserung von Fremdsprachenkenntnissen, von interkulturellen sowie sozialen Kompetenzen. Welche Partnerschule eine rheinland-pfälzische Schule wählt, liegt in der Hand der Schule selbst.

Mit etwa 450 Schulpartnerschaften liegt Frankreich in Rheinland-Pfalz an erster Stelle der Partnerschaften mit ausländischen Schulen. Es existieren beispielsweise Schulpartnerschaften im Rahmen des Schüleraustausches mit Schulen in Haguenau. Die Landesregierung begrüßt jede weitere Schulpartnerschaft, die zwischen französischen und rheinland-pfälzischen Schulen geschlossen werden soll. Entsprechende Schreiben seitens der französischen Botschaft, die um Zustimmung zu einer Schulpartnerschaft bittet, werden daher immer positiv beantwortet.

Die Schulaufsichtsbehörde des Landes stellt sicher, dass zur Sicherung der Unterrichtsversorgung in allen Fächern Lehrerwochenstunden je nach Bedarf und Möglichkeiten allen Schulen gleichermaßen zugewiesen werden. Selbstverständlich werden dabei Profilbildungen z.B. im sprachlichen Bereich besonders beachtet. Gerade im grenznahen Raum sind in Grundschulen, Realschulen plus und vor allem in Gymnasien bilinguale Züge in der Partnersprache Französisch eingerichtet.

Neun von 14 Gymnasien mit deutsch-französischen bilingualen Zügen befinden sich im grenznahen Raum. An mittlerweile sieben Gymnasien (vier davon im grenznahen Raum) mit ihren Partnerschulen in Frankreich besteht mit dem AbiBac zusätzlich die

Möglichkeit, gleichzeitig mit dem deutschen Abitur das französische Baccalauréat zu erlangen.

Das Gebiet der Oberrheinkonferenz umfasst insgesamt 75 Grundschulen im Schuljahr 2013/2014 mit 10.124 Schülerinnen und Schülern, von denen im Schuljahr 2013/2014 vier Grundschulen ein bilinguales Angebot mit den Unterrichtssprachen Deutsch/Französisch bereithalten und weitere elf Grundschulen, die Französisch als integrierte Fremdsprachenarbeit anbieten. Insgesamt lernen hier 1.862 Schülerinnen und Schüler Französisch. Der Unterricht basiert auf dem Teilrahmenplan Fremdsprache in der Grundschule, der auf den europäischen Referenzrahmen bezogen ist.

Das Konzept der Integrierten Fremdsprachenarbeit in rheinland-pfälzischen Grundschulen sieht vor, dass die Schule entscheidet, welches Sprachangebot sie unterbreitet. Ob dies Englisch oder Französisch ist, hängt von der personellen Ausstattung der einzelnen Schule mit Lehrkräften mit Qualifikation im Fach Englisch oder Französisch ab. Bei der Integrierten Fremdsprachenarbeit lernen die Schülerinnen und Schüler ganzheitlich in Sinnzusammenhängen, nicht isoliert, sondern umfassend und in verschiedenen Lernbereichen.

2. Aktueller Stand und Zukunft der grenzüberschreitenden Kooperation INFOBEST am Oberrhein

Die vier INFOBEST-Stellen am Oberrhein informieren und beraten Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Verwaltungen, Vereine sowie Politikerinnen und Politiker in allen grenzüberschreitenden Fragestellungen zwischen Deutschland, Frankreich und der Schweiz. Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen in ständigem Kontakt mit den Verwaltungen und weiteren grenzüberschreitenden Akteuren wie der Oberrheinkonferenz, dem EURES-Netzwerk oder auch den Kammern und tragen auf diese Weise zur Bildung eines Netzwerks aus sich ergänzenden Spezialistinnen und Spezialisten bei, das sich von Rheinland-Pfalz bis in die Nordwestschweiz erstreckt. Neben der Beratungstätigkeit nehmen sie somit auch eine wichtige Scharnierfunktion wahr und signalisieren Grenzgängerhemmnisse und Regelungsbedarfe.

Als erste Einrichtung wurde 1991 die INFOBEST PAMINA im ehemaligen Zollhaus in Lauterbourg gegründet. Sie ist eine wichtige und niedrigschwellige Anlaufstelle für die Menschen im Eurodistrikt, aber auch für Wirtschaft und Verwaltung. Das Land Rheinland-Pfalz hat die Beratungsstelle von Beginn an mit finanziellen Mitteln der Staatskanzlei unterstützt.

Die INFOBEST PAMINA genießt bei den Menschen ein hohes Ansehen; die Anzahl der Anfragen ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Sie betreffen einfache Alltagsfragen, aber auch komplexe rechtliche Fragestellungen vorwiegend in den Bereichen Steuern, Sozialversicherung, Familienleistungen und Arbeitsrecht. Häufig sind die Probleme in fehlenden Kenntnissen der Systeme des Nachbarlands begründet. Neben der eigenen Beratungsleistung werden daher auch regelmäßig Sprechstunden mit Beraterinnen und Beratern verschiedener Einrichtungen wie z.B. Krankenkassen und Rentenversicherungen angeboten.

Insbesondere das Thema Rentenbesteuerung hat in den vergangenen Jahren einen deutlich erhöhten Informations- und Beratungsbedarf auf französischer Seite nach sich gezogen. Seit dem Jahr 2005 sind Renten aus der deutschen Sozialversicherung, die an Empfängerinnen und Empfänger in Frankreich gezahlt werden, in Deutschland zu versteuern. Dies ergibt sich aus einem Zusammenwirken des deutschen Alterseinkünftegesetzes mit dem deutsch-französischen Doppelbesteuerungsabkommen. Man geht davon aus, dass ca. 50.000 Menschen in Frankreich betroffen sind, davon ca. 30.000 im Elsass. Aus diesem Grund wurde zum 1. April 2013 eine „Taskforce Rente“ eingesetzt, die die Beratungskapazitäten der vier INFOBESTen am Oberrhein vorübergehend stärkt. Mittlerweile haben

Deutschland und Frankreich im März 2015 ein überarbeitetes deutsch-französisches Doppelbesteuerungsabkommen unterzeichnet, das eine Besteuerung ausschließlich am Wohnort ermöglicht und damit den bisher erheblichen Verwaltungsaufwand für die Rentnerinnen und Rentner vereinfacht. Damit wurde ein langjähriges gemeinsames Anliegen zahlreicher politischer Akteure am Oberrhein wie z.B. Oberrheinkonferenz, Oberrheinrat, Eurodistricts und Landesregierungen vom Bund umgesetzt, auf das die INFOBESTen frühzeitig aufmerksam gemacht haben.

Dieses Beispiel zeigt, dass die INFOBESTen nach wie vor wichtige Partner der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein sind und einen bedeutenden Beitrag zum Zusammenwachsen Europas und der Region leisten.

In Bezug auf den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt teilt die Landesregierung die Einschätzung des Oberrheinrates, was die Bedeutung der INFOBESTen betrifft. Sie ergänzen sich in ihrer Arbeit mit dem Netzwerk EURES Transfrontalier Oberrhein. Bei einer Weiterentwicklung der Arbeit der INFOBESTen in Bezug auf den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt gilt es daher, auch weiterhin auf eine enge Abstimmung mit EURES Transfrontalier Oberrhein zu achten.

3. Umweltbildung am Oberrhein

Das Projekt „Eine Natur, zwei Sprachen, ein Netzwerk“ war ein erfolgreiches Projekt, bei dem das gemeinsame Erlernen der Sprache des Nachbarn am Beispiel von Umwelt- und Naturschutzthemen Hand in Hand gingen. Umweltbildungsinstitutionen aus dem Oberrheingebiet verbesserten damit die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Umweltbildung durch Schulpartnerschaften, gemeinsame Materialien, Fortbildungen für Umweltbildner, etc.

Das Projekt wurde von dem französischen Dachverband ARIENA getragen und gemeinsam mit der Ökologiestation Lahr koordiniert. Auf rheinland-pfälzischer Seite waren das pädagogische Landesinstitut und auch die Landeszentrale für Umweltaufklärung an dem Projekt beteiligt. Es wurde ein erstes kleines grenzüberschreitendes Netzwerk von Institutionen gebildet, das sich auch weiterhin für die Zusammenarbeit in der Region nutzen lässt.

Die Umweltbildung stellt eine der wichtigen Säulen der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) dar. Sie soll einen verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt und den natürlichen Ressourcen vermitteln und hat auch in Rheinland-Pfalz eine lange Tradition. Unterthemen sind u.a. Biologische Vielfalt, Energie, Klima, Rohstoffe, Wasser und Landwirtschaft.

Umweltbildung wird sich als überfachliches Querschnittsthema nach und nach als solches in den Lehrplänen aller Schulfächer wiederfinden. Die jeweiligen Lehrplan-Kommissionen erhalten entsprechende Hinweise. In einigen Fächern ist dies bereits geschehen (bspw. gemeinschaftskundliche Fächer, Religion, Naturwissenschaften). BNE vermittelt Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen nachhaltiges Denken und Handeln. Sie versetzt Menschen in die Lage, Entscheidungen für die Zukunft zu treffen und dabei abzuschätzen, wie sich das eigene Handeln auf künftige Generationen oder das Leben in anderen Weltregionen auswirkt. Lehrkräfte finden hierzu passende Tipps für Unterrichtsmaterialien viele weitere Informationen auf der Webseite: <http://nachhaltigkeit.bildung-rp.de>.

Eine Verknüpfung von Umweltbildung mit sprachlichen und interkulturellen (und weiteren) Kompetenzen ist ganz im Sinne einer BNE. Erfahrungen können hier die rheinland-pfälzischen UNESCO-Projektschulen einbringen.

Den wichtigsten Zusammenschluss von Akteuren auf Bundes- und Landesebene stellt die „Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung“ (ANU) dar. In Rheinland-Pfalz wird die Umweltbildung von einem breiten Netz von Partnern getragen: Hierzu

gehören zuallererst die SchUR-Stationen (Schulnahe Umweltbildungseinrichtungen in Rheinland-Pfalz) als außerschulische Lernorte. Wichtige institutionelle Unterstützer sind u.a. die Landeszentrale für Umweltaufklärung (LZU), Landesforsten, die Stiftung Natur und Umwelt, der Landesverband des NABU sowie der Landesverband des BUND. Einen umfassenden Überblick über die Umweltbildungslandschaft in Rheinland-Pfalz bietet das Handbuch Umweltbildung der LZU.

Unter rheinland-pfälzischem Vorsitz der Arbeitsgruppe „Umwelt“ der Oberrheinkonferenz soll das Thema „BNE am Oberrhein“ auf Basis der bestehenden Erfahrungen weiter vertieft und ausgebaut werden. Hierzu sollen oberrheinweit Akteure und Interessierte am Thema BNE zu einem Kennenlern-Treffen im Rahmen der Arbeitsgruppe „Umwelt“ eingeladen werden. Vorbild für ein oberrheinisches BNE-Netzwerk könnte die Zusammenarbeit in der Großregion sein, in der sich die Netzwerkarbeit zum Thema BNE erfolgreich etabliert hat. Veranstaltungen und Projekte zu den Themen „Schulgärten“, „Bienen“, „Lernort Bauernhof“ etc. lassen sich ggf. auf den Oberrhein übertragen.

4. Demografischer Wandel und Fachkräftemangel im Oberrheingebiet

Die Zunahme von Menschen mit Pflegebedarf stellt Angehörige, Kommunen, Anbieter von Pflegeleistungen, Krankenhäuser und niedergelassene Ärztinnen und Ärzte vor neue Herausforderungen. Auch die Lebensentwürfe älterer Menschen, etwa der Wunsch, bis ins hohe Alter selbstbestimmt, aktiv, mobil und unabhängig zu sein brauchen entsprechend angepasste medizinische und pflegerische Dienstleistungsangebote.

Die Landesregierung bündelt für Rheinland-Pfalz im Zukunftsprogramm „Gesundheit und Pflege – 2020“ bisherige politische Initiativen und setzt gleichzeitig neue Impulse für innovative Konzepte für die medizinische und pflegerische Versorgung.

Vor diesem Hintergrund begrüßt die Landesregierung den Beschluss des Oberrheinrates und insbesondere die Forderung nach einer gemeinsamen grenzüberschreitenden Strategie für den Oberrhein im Bereich der Pflegeberufe. Grundlage für eine solche Strategie muss die Studie zur Situation der medizinischen Berufe im Oberrheingebiet sein, die im Herbst 2015 vorgelegt wird. Entwickelt werden soll die Strategie von den zuständigen Gremien, dem Expertenausschuss „Gesundheitsversorgung“ und der Arbeitsgruppe „Gesundheitspolitik“ der Oberrheinkonferenz.